

DIE LINKE. Troisdorf, c/o Wolfgang Aschenbrunner, Gldenbergstrae 4, 53840 Troisdorf

Rat der Stadt Troisdorf
z. Hd. Bürgermeister Manfred Uedelhoven
Kölner Strasse 176
53840 Troisdorf

Volkmar Herpertz
Beisitzer
Ortsvorstand Troisdorf
Im Grotten 23
53840 Troisdorf
Telefon 02241 / 250 47 64
Mobil 0163 / 91 92 404
DieLinke.Troisdorf@rhein-sieg-
intern.de
www.dielinke-rhein-sieg.de

Bürgerantrag nach § 24 GO NRW zur Sitzung des Stadtrates am 24.03.2009

Troisdorf, den 16. Januar 2009

Kommunalwahlrecht für in Troisdorf lebende MigrantInnen, die seit mindestens 5 Jahren in Troisdorf gemeldet sind

Der Rat der Stadt Troisdorf möge folgenden Beschluss fassen:

Die LINKE.Troisdorf fordert das aktive und passive kommunale Wahlrecht für MigrantInnen ab 16 Jahren, die mindestens 5 Jahre in Troisdorf amtlich gemeldet sind und hier auch ihren Lebensmittelpunkt haben.

Begründung:

Troisdorf ist die Stadt im Rhein-Sieg-Kreis, die mit über 11 % das höchste Aufkommen an MigrantInnen aufweist. Die Menschen mit migrativem Hintergrund, die in Troisdorf leben, tragen zum einen einen erheblichen Anteil zum sozialen und kulturellen Leben in Troisdorf bei, sind zum anderen auch in erheblichem Maße durch steuerliche und andere Kostenmanahmen fiskalisch hier verankert und verantwortlich. MigrantInnen, die keinen EU-Hintergrund aufweisen, sind im selben Maße am Bruttosozialprodukt der Stadt beteiligt, wie Menschen hiesiger Abstammung oder EU-MigrantInnen. Für die **LINKE** ist es nicht nachvollziehbar, dass es in 29 nordrhein-westfälischen Städten möglich ist und auch als wichtig erachtet wird, diesen Menschen ein berechtigtes Wahlrecht einzuräumen, aber ausgerechnet in Troisdorf mit seinem doch erheblichen migrativen Bevölkerungsanteil nicht. Wir halten es für unerklärlich, dass MigrantInnen auf der einen Seite alle bürgerlichen Pflichten erfüllen müssen, auf der anderen Seite ihnen aber nicht die gleichen bürgerlichen Rechte eingeräumt werden wie anderen Menschen der Stadt Troisdorf.

Bereits bei der Straßenreinigungssatzung wurden MigrantInnen mit einem nicht der EU angehörenden Hintergrund ausgeschlossen und massiv benachteiligt, obwohl sie teils erheblich zum Volkseinkommen der Stadt beitragen und auch mit erheblichen kommunalen Kosten, in diesem Fall die der Straßenreinigung, belastet werden. Dieser Zustand ist ein unhaltbarer Affront gegenüber den hier lebenden MigrantInnen und sicherlich nicht förderlich im gesellschaftlichen Zusammenleben der verschiedenen in der Stadt lebenden Kulturen. Es ist nicht erkennbar, warum Menschen, die hier leben, nicht auch das Recht eingeräumt wird, an hiesigen politischen und gesellschaftlichen Fragen und Entscheidungen beteiligt zu werden.

gez.

Volkmar Herpertz
(Kreisgeschäftsführer)